



Abschieben, abschotten, abschrecken

Die Bundesregierung will die Zahl der Abschiebungen um jeden Preis erhöhen. Die Rechte von Geflüchteten und Geduldeten wurden dafür mit einer Verschärfung nach der anderen massiv eingeschränkt. Eine politische Einordnung zum „Menschen-ohne-Rechte-Gesetz“. Von Filiz Polat.

Am 7. Juni 2019 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition als Teil des Migrationspakets das harmlos klingende „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“. Treffender ist es, von einem „Menschen-ohne-Rechte-Gesetz“ zu sprechen. Es ist das Ergebnis eines Streits, der seit letztem Jahr akut innerhalb der Großen Koalition tobt. Startschuss für das fast einjährige Gezerre um die grundlegenden Rechte von Schutzsuchenden und Einwandernden war der „Masterplan“ Seehofers vom Juli 2018. Der Innenminister freute sich damals auf der Vorstellungspressekonferenz, dass an seinem 69. Geburtstag 69 Flüchtlinge abgeschoben wurden. Seehofers traurige Bilanz wirft uns in der Migrations- und Flüchtlingspolitik Jahre zurück und das, obwohl sich Kommunen und Zivilgesellschaft ungebrochen kämpferisch und solidarisch an die Seite von Geflüchteten stellen.

Wenn Menschenrechte dem Kalkül zum Opfer fallen

Nach der Einigung der Koalitionsfraktionen sollte es dann aber sehr schnell gehen. Ziel war es, den wackligen Kompromiss noch vor der Sommerpause schnellstmöglich durchzupeitschen. Erstaunlich und nur schwer zu ertragen sind dabei die Eingeständnisse,

die insbesondere auch die Abgeordneten der SPD nicht nur mitgetragen, sondern auch vehement mit aller Kraft verteidigt haben. Selbst die Stimmen von Expert*innen, auch aus den eigenen Reihen, die die massive Entrechtung von Geflüchteten und Geduldeten anprangerten, fanden kein Gehör. Stattdessen brüstete sich die SPD an der Seite der Union bei der Plenardebatte noch für ihren Kompromiss. Damit folgt sie dem Beispiel anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa, sich mit dem Einsatz für „linkere“ Sozialpolitik und einem Schwenk zu einer restriktiven Einwanderungspolitik vor einem immer größer werdenden Bedeutungsverlust zu retten. Daher liegt die Annahme nahe, dass durch die Verschärfungen im Migrationsrecht die Handlungsfähigkeit der Regierung demonstriert werden sollte, welche durch den Rücktritt von Andrea Nahles (SPD) ins Taumeln geraten war.

Neben dem misslungenen Wurf beim Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz und der halbherzigen Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung, bildete das „Menschen-ohne-Rechte-Gesetz“, in den sozialen Medien längst bekannt als *#HauAbGesetz*, den stärksten Eingriff in die Rechte von Geflüchteten seit den Asylrechtsverschärfungen 1993.

Humanität bleibt auf der Strecke

Die Bundesregierung scheint ein Aushungern von anerkannten Geflüchteten willig in Kauf zu nehmen, um es mit den Worten der Sachverständigen Kerstin Becker vom Paritätischen Gesamtverband auszudrücken. Sämtliche Leistungen für Geflüchtete, die in einem anderen EU-Land anerkannt sind, werden nach zwei Wochen ersatzlos gestrichen. Die prekäre Situation für Geflüchtete in Ländern wie Italien und Griechenland wird ignoriert, europäische Rechtsprechung umgangen und in Frage gestellt. Dadurch könnte ein Anstieg der Kriminalität befördert werden, warnt die Gewerkschaft der Bundespolizei, da die Betroffenen nur so ihren Lebensunterhalt sichern könnten. Die Bundesregierung verwehrt eine menschenwürdige Versorgung und hat durch das Migrationspaket einen erschreckenden Kurs der Entrechtung vorangetrieben. Dublin-Fälle, Geduldete, vermeintliche „Identitätstäuscher“ werden unter Generalverdacht gestellt, stigmatisiert und Sanktionen ausgeweitet. Gerade vulnerable Gruppen wie Kinder, Schwangere, Alleinerziehende, Kranke und Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen sind besonders betroffen.

Einführung einer Duldung zweiter Klasse

240.000 ist eine wichtige Zahl in dem Ringen um die Rechte von Geflüchteten. Unhinterfragt wird sie als Anzahl der Ausreisepflichtigen immer und immer wieder wie ein Ass aus dem Ärmel gezogen. Doch ein genauer Blick auf die Zahlen lohnt sich: Zieht man die Zahl der Geduldeten und weiteren Personen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht abgeschoben werden dürfen, ab, schrumpft die Zahl der Menschen auf tatsächlich nur noch 17.000. Allen Angstmachenden mit der Devise „Abschieben, abschotten, abschrecken“ hätte ein Blick auf die vorhandenen Fakten geholfen. Wer die Debatte führen möchte, muss betonen, dass heute schon viele Einschränkungen den Alltag von Geduldeten prägen. Vieles wird statistisch nicht erfasst, wie mehrere meiner Nachfragen im Parlament ergaben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Unter 180.000 Geduldeten sind zudem 50.000 Kinder und Jugendliche, viele von ihnen sind schon seit Jahren bis gar Jahrzehnten in Deutschland. Statt endlich die Hürden bei ihrer Teilhabe einzureißen, schockierte die Bundesregierung mit einer neuen Duldung zweiter Klasse für Menschen, die aus Sicht der Ausländerbehörde an der Beschaffung ihrer Identitätsdokumente nicht ausreichend mitwirken.

Zusätzlich zur einschränkenden Residenzpflicht folgt nun die Kürzung von Sozialleistungen, begleitet von Arbeitsverboten. Weitere Hürden folgen, indem die Zeit in der offiziell genannten „Duldung light“ nicht als Vorduldungszeit angerechnet werden kann. Eine Aufenthaltsverfestigung wird praktisch unmöglich

Es werden Perspektiven verbaut statt gebaut

gemacht, die Wege zu einer Beschäftigungs- oder Ausbildungsduldung erschwert. Bestimmte Personengruppen werden durch diese Gesetze entrechtet, gesellschaftlich isoliert und ausgeschlossen. Es werden Perspektiven verbaut statt gebaut.

Unter Generalverdacht

Die Bundesregierung droht mit weiteren Strafen und Repressionen, um Geflüchtete und Geduldete bei der Beschaffung ihrer Dokumente zum Mitwirken zu zwingen – und geht von fragwürdigen Annahmen aus: Das Hauptproblem bei der Beschaffung von Identitätsdokumenten sei die fehlende Motivation der Geflüchteten selbst. Sie ignoriert hier fatalerweise die oft langwierigen und zwielichtigen Praktiken der Botschaften der Herkunftsländer, die die Beschaffung von Identitätsdokumenten massiv erschweren. Auch die Kosten der Dokumentenbeschaffung, die nicht selten mehrere tausend Euro betragen können, werden mit keinem Wort bedacht.

Ein weiteres oft genanntes Argument: Der Druck für Geflüchtete und Geduldete sei nicht hoch genug, um Deutschland wieder zu verlassen. Eine aus meiner Sicht realitätsferne Aussage. In der Beratungspraxis zeigt sich auf traurige und beschämende Art und Weise immer wieder, wie sehr Menschen unter der Situation in den Unterkünften und im Umgang mit Behörden leiden. Geflüchtete haben schon jetzt ein höheres Risiko, an Depressionen und psychischen Störungen zu erkranken. Diese Menschen brauchen keinen zusätzlichen Druck, sondern unsere Unterstützung und Solidarität. Ein System, das zermürbt und krank macht, darf nicht das Ziel sein.

Abschiebungshaft ohne Trennungsgebot

Nicht zuletzt die Bundesländer und sogar die CDU-Justizminister*innen selbst kritisierten stark die Auswei-

tung der Abschiebehaft. Hier wird das europarechtlich festgeschriebene Trennungsgebot bei der Unterbringung in Abschiebungshaft und straffälligen Personen in regulären Haftanstalten aufgebrochen. In Zukunft sollen Menschen, die nicht straffällig geworden sind, in die gleichen Einrichtungen wie Sträflinge – obwohl dies nur in Notlagen europarechtlich zulässig wäre. Die Koalitionsfraktionen begründeten dies mit abwegigen Kapazitätsengpässen. Dieser Versuch der wiederkehrenden Notstandsrhetorik von Seehofer und Co. rechtfertigt einen Notstand noch lange nicht. Doch unbeirrt von aller Kritik hat sich hier der rechte Kurs der CSU in Gesetzesform niedergeschlagen.

Den eigentlichen Skandal versucht die große Koalition unter den Tisch zu kehren. Vor 100 Jahren wurde erstmalig das Instrument der Abschiebungshaft in Bayern etabliert und bis heute ergehen jährlich unzählige rechtswidrige Haftentscheidungen. Doch auch dieses systematische Versagen von Behörden wird statistisch nicht erfasst. Einen Hinweis geben uns

Unterstützer*innen sind in Gefahr, der Beihilfe zum Geheimnisverrat bezichtigt zu werden

die Fallzahlen des Rechtsanwaltes Fahlbusch aus Hannover, der seit 2001 über 900 Mandanten vertreten hat: Nahezu 50 Prozent seiner Mandant*innen wurden zu Unrecht inhaftiert. Aber anstatt diesen unerträglichen Zustand im Namen des Rechtsstaats endlich ein für alle Mal zu beseitigen, drohen die neuen Regelungen diesen zu verschlimmern. Das ist ein Armutszeugnis für unsere Demokratie.

Kriminalisierung der Zivilgesellschaft

Es trifft aber auch die Unterstützer*innen von Geflüchteten. Hier behilft sich die Regierung mit einem Trick: Indem der gesamte Ablauf der Abschiebung – inklusive Botschaftsterminen zur Passbeschaffung – nun als "Geheimnis" gilt, sind Unterstützer*innen, die darüber informieren, zukünftig in Gefahr der Beihilfe zum Geheimnisverrat bezichtigt zu werden. Ausnahmen gibt es für Pressevertreter*innen, nicht aber für zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Das

rückt die Politik der Bundesregierung gefährlich nah an die der Orbáns und Salvinis in Europa. Geflüchtete werden pauschal als Identitätstäuscher diffamiert und Helfer*innen kriminalisiert. Ich frage mich, wie man als demokratischer Rechtsstaat so agieren kann. Eine Demokratie wird durch die öffentliche Auseinandersetzung mit Leben erfüllt. Der Staat kann seinen Bürger*innen nicht einfach den Mund verbieten oder sie gar dafür bestrafen. Proteste gegen Abschiebungen sind legitime Meinungsäußerungen: Sie gehören geschützt, nicht unterdrückt.

Scheinlösungen der Regierungskoalition

Um die Handlungsfähigkeit des Staates aufzuzeigen und Vertrauen zurückzugewinnen, braucht es keine Ausweitung der Abschiebehaft, keine Massenlager, keine weiteren Einschränkungen in die Rechte von Geflüchteten und Geduldeten. Die Agenda der Gesetzesverschärfungen folgt einem rechten Diskurs, der nichts mit den tatsächlichen Herausforderungen bei der Aufnahme, Versorgung und Integration von

Schutzsuchenden zu tun hat. Gerade in Zeiten, in denen Hetze, Hass und Gewalttaten gegenüber Migrant*innen sowie Befürworter*innen einer humanitären Migrationspolitik zum Alltag gehören, ist das brandgefährlich. Die 7.700 rassistischen Straftaten, die das Bundesinnenministerium allein 2018 zählte, die weiterhin hohe Anzahl an Angriffen gegen Asylbewerber*innen und

Unterkünfte, all das verdeutlicht die Stärkung menschenfeindlicher Kräfte der Gesellschaft. Wir müssen uns in migrationspolitischen Fragen an Fakten und Tatsachen orientieren, um der Entsachlichung und Pauschalisierung in den Debatten entgegenzutreten. Wir brauchen politische Entscheidungsträger*innen, die schutzbedürftige Menschen unterstützen, die für gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem modernen Einwanderungsland eintreten – und kein weiteres Öl ins Feuer gießen.

Ausgrenzung um jeden Preis

Mit diesem Paket beerdigt die Große Koalition alle Ansätze zur Gestaltung eines Einwanderungslandes. Geduldete werden entrechtet, kriminalisiert und sollen perspektivlos auf der Wartebank versauern, statt ihnen Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu gewähren. Zahllose unbesetzte Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie unzählige Erfolgsgeschichten von Geflüchteten

Filiz Polat ist
Sprecherin für
Migration der
Fraktion Bündnis
90/Die Grünen,
Obfrau im Innen-
ausschuss und sitzt
seit Oktober 2017 im
Deutschen Bundes-
tag

in den Betrieben, der unermüdliche Einsatz von Millionen – größtenteils ehrenamtlichen – Unterstützer*innen, der breite zivilgesellschaftliche Einsatz von *Seebrücke* bis *#Unteilbar* zeigen, dass es auch anders geht. Jeden Tag bieten Betriebe im ganzen Land mit hohem Engagement unzähligen Geflüchteten die Chance auf Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt. Die alltäglichen Abschiebungen direkt von der Werkbank oder aus Schulen kann niemand ernsthaft nachvollziehen. Die gegenwärtige Politik der Abschottung und Abschiebung durchkreuzt diesen enormen Einsatz – und ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die zu uns kommen, weil sie Schutz und Perspektiven suchen. Mit diesem Rollback im Asyl- und Aufenthaltsrecht wird nicht nur an unseren Werten, an unserer Verfassung und an den Grund- und Menschenrechten geschleift. Durch diesen Katalog der Entrechtung und Inhumanität wird tausenden Menschen die Chance genommen, sich hier eine Zukunft aufzubauen.<